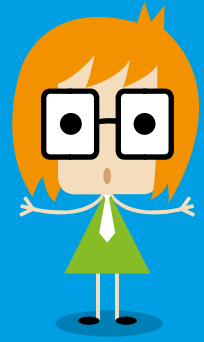


TTIP UND DIE DEMOKRATIE



Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen oder ein transparenter, demokratischer Prozess: Die Sichtweisen darauf, wie die Verhandlungen zum Handelsabkommen TTIP ablaufen, könnten kaum unterschiedlicher sein.

Wie demokratisch ist TTIP wirklich?



TTIP wird – wie es bei Handelsabkommen üblich ist – zwischen der EU und den USA unter strenger Geheimhaltung verhandelt: Die Öffentlichkeit wird nicht über den Fortgang und die Inhalte der Verhandlungen informiert, die Positionen der Verhandlungspartner sind Verschlussache. Auch für Politiker*innen in der EU und in Deutschland ist es schwer bis unmöglich, Informationen über die Verhandlungen zu erhalten oder sie zu beeinflussen. Die Verhandlungen führte die EU-Kommission auf der Grundlage eines lange geheimen Verhandlungsmandats des EU-Rats.

NGOs (Nichtregierungsorganisation) kritisierten früh die Geheimverhandlungen zu CETA und TTIP, forderten mehr Transparenz und stellten die demokratische Legitimation der Prozesse in Frage. Vor allem fürchteten sie, dass das Handelsabkommen einseitig die Interessen der Wirtschaft berücksichtigt. So lief es auch bei CETA, dem Handelsabkommen zwischen EU und Kanada, das von 2009 bis 2013 verhandelt wurde. Als der CETA-Vertragstext im September 2014 offiziell veröffentlicht wurde, sahen sich die Kritiker bestätigt.

„Bei den Verhandlungen soll hinter verschlossenen Türen ein mächtiger Rammbock gezimmert werden, der auch den fest verankerten Schutz für Umwelt und Verbraucher wieder aus dem Weg räumen kann. Dieses Geheimabkommen muss gestoppt werden. [...] Dieser Vertrag geht jeden von uns an. Jeder muss nachlesen können, was uns mit TTIP drohen würde. [...] Hinterzimmerdeals wie TTIP passen nicht zu Demokratie. Die Verhandlungen müssen gestoppt und eine offene, transparente Diskussion begonnen werden.“

Jürgen Knirsch,
Greenpeace-Handelsexperte

<http://gpurl.de/ttip-12>

Die Protestbewegung gegen beide Abkommen gewann an Kraft. Im Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ haben sich bis heute über 300 deutsche NGOs zusammengeschlossen. Bei Demos gingen Hunderttausende gegen TTIP auf die Straße – im Oktober 2015 waren es allein in Berlin rund 250.000 Menschen. Auf europäischer Ebene haben über 500 NGOs „Stop TTIP“ gegründet und wollten als Europäische Bürgerinitiative (EBI) die Verhandlungen stoppen. Auch wenn die Europäische Kommission diese aus formalen Gründen ablehnte, sammelte das Bündnis als „selbstorganisierte Bürgerinitiative“ über 3,3 Millionen Unterschriften. Damit hätten sie in 23 EU-Staaten die für EBIs vorgesehene Mindeststimmzahl überschritten.

Mit steigendem öffentlichen Interesse wuchs der Druck auf die Verhandlungspartner und die EU-Kommission begann, die Öffentlichkeit stärker einzubeziehen: Sie veröffentlichte das Verhandlungsmandat und Informationen zum Verhandlungsstand, betonte die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, u. a. über eine Beratergruppe aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, und startete eine öffentliche Konsultation zum Investitionsschutz.

Nachdem zunächst nur Regierungsmitglieder in der EU-Kommission in Brüssel und den US-Botschaften Einblick in die Verhandlungspositionen der USA nehmen konnten, wurde im Februar 2016 nach vielen Protesten ein TTIP-Leseraum im Bundeswirtschaftsministerium eingerichtet. Dort können nun auch die Bundestagsabgeordneten sowie Landesminister und Ministerpräsidenten als Bundesratsmitglieder die Verhandlungsunterlagen unter strengen Auflagen lesen. Sie dürfen keine Kopien und nur handschriftliche Notizen machen, den Raum maximal zwei Stunden nutzen und nicht über die Verhandlungstexte sprechen – auch nicht mit Experten, die sie beraten könnten.

„But there's a practical reason, for our ability both to preserve negotiating strength and to encourage our partners to be willing to put issues on the table they may not otherwise, that we have to preserve some measure of discretion and confidentiality.“

Ron Kirk, ehem. United States Trade Representative

<http://gpurl.de/ttip-10>

„Wenn man seine Verhandlungsposition offenlegen würde, wäre das wie nackt zum Strip-Poker anzutreten.“

Hans-Joachim Schabedoth,
Mitglied des Bundestags, SPD

<http://gpurl.de/ttip-11>



Finde mehr heraus und beziehe Position: Was steckt hinter TTIP?



BR/Zündfunk: Freihandel versus Demokratie – Sind CETA und TTIP mit der Demokratie vereinbar?
<http://gpurl.de/ttip-14>



ZEIT Online: TTIP – Im Empörungswahn
<http://gpurl.de/ttip-13>



Informationen zu den Verhandlungen bei der EU-Kommission
<http://gpurl.de/ttip-16>



ZEIT Online: TTIP: Eine Wahnsinnstat
<http://gpurl.de/ttip-15>

TTIP – DER VERHANDLUNGSPROZESS

2011- 2013

Vorbereitungen & Konsultationen

Eine „High Level Working Group on Jobs and Growth“ mit Vertretern der US-Regierung und der EU-Kommission erarbeitet Ideen und Vorschläge für ein Handelsabkommen. Dabei werden auch Interessengruppen konsultiert – 119 von 130 Konsultationen finden mit Wirtschaftsvertretern statt.

Der Europäische Rat erteilt der EU-Kommission für die EU-Staaten ein verbindliches Verhandlungsmandat. Im Rahmen des G8-Gipfels wird der Beginn der TTIP-Verhandlungen verkündet.

- Für die EU-Kommission verantwortet Handelskommissarin Cecilia Malmström die Verhandlungen, für die USA der Handelsbeauftragte Michael Froman (United States Trade Representative - USTR). Die Verhandlungen führen Ignacio Garcia Bercero (EU) und Dan Mullaney (USA).
- Die EU-Kommission informiert das EU-Parlament über den Fortgang der Verhandlungen.
- Zwischen Juli 2013 und April 2016 finden 13 Verhandlungsrunden statt, bei denen jeweils einzelne Aspekte der Verhandlungen im Fokus stehen.
- Gleichzeitig beraten 20 ständige Arbeitsgruppen kontinuierlich über Teilaspekte.

Verhandlungsmandat und Beginn der Verhandlungen

13. Verhandlungsrunde

14. Verhandlungsrunde

Weitere Verhandlungsrunden

● Juni 2013

● Seit Juli 2013

● Juni 2015

● Juli 2016

Senat und Kongress bevollmächtigen mit dem Trade Promotion Authority Act den Präsidenten, die Verhandlungen in ihrem Auftrag zu führen und das Ergebnis im Ganzen abzulehnen oder anzunehmen.

Verhandlungsmandat für Obama

In der EU: Verabschiedung durch EU-Kommission und EU-Handelsministerrat (je nach Vertragstext einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit), dann durch das Europäische Parlament. Ratifizierung durch Rat der Europäischen Union. Ggf. Zustimmung der Mitgliedsstaaten nach nationalen Regelungen; „vorläufige Anwendung“ des nur die EU betreffenden Teils des Abkommens möglich.
In den USA: Verabschiedung durch Kongress und Senat, Ratifizierung durch Präsidenten.

Entscheidung über das verhandelte Abkommen



Finde mehr heraus über den Ablauf der TTIP-Verhandlungen!

<http://gpurl.de/ttip-19>

<http://gpurl.de/ttip-110>

Beteiligung der nationalen Parlamente

Auf der Grundlage des fertigen Vertragstextes entscheidet die EU-Kommission, ob es sich um ein sogenanntes „Gemischtes Abkommen“ handelt – also eines, das nicht nur die EU, sondern auch die Rechte der Mitgliedsstaaten betrifft. Nur dann dürfen die Parlamente der Mitgliedsstaaten – in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat – über das Abkommen entscheiden. Bei unterschiedlichen Auffassungen zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaaten entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH).

CETA, das Handelsabkommen mit Kanada, stufte die EU-Kommission zunächst als reines EU-Abkommen ein. Nach vielen Protesten wird es nun doch als gemischtes Abkommen geführt, das aber schon in Kraft treten soll, bevor es in den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde. Möglich macht das die „vorläufige Anwendung“: Der EU-Rat kann die Teile, die nur die EU betreffen, mit qualifizierter Mehrheit vorläufig in Kraft setzen; welche das sind, entscheidet er selbst.

Wie trifft die EU Entscheidungen? Wann und wie sind die nationalen Parlamente und Bürger*innen der Mitgliedsstaaten beteiligt?

Sollten die nationalen Parlamente über TTIP abstimmen?

Leaks & Whistleblower

Greenpeace Niederlande hat im Mai geheime Verhandlungsdokumente zu TTIP veröffentlicht – die #TTIPLeaks. Die über 250 Seiten stammen von der europäischen Verhandlungsseite und wurden Greenpeace von einer ungenannten Quelle zugespielt. Greenpeace sagt, die Veröffentlichung stelle die in einer Demokratie nötige Transparenz her. Kritiker sagen, mit der Veröffentlichung

schade Greenpeace der europäischen Verhandlungsposition; die Regierungen müssten das Recht auf Geheimnisse haben. Vor dem Hintergrund der Enthüllungen über die Abhörpraktiken der Geheimdienste ist allerdings fraglich, ob die Geheimhaltung der Verhandlungen letztlich nur zu einer Intransparenz gegenüber den eigenen Bevölkerungen führt.

INFO Die geleakten Originaldokumente findest du unter www.ttip-leaks.org und bei Correctiv mit gemeinschaftlichen Kommentaren <http://gpurl.de/ttip-17>. Die Tagesschau <http://gpurl.de/ttip-18> erläutert einzelne Ausschnitte.

Welche anderen Leaks und Whistleblower gab es in den letzten Jahren? Welche Informationen wurden veröffentlicht?

War es richtig, dass Greenpeace die Verhandlungsdokumente geleakt hat?

Impressum